

Social = Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweiger.

Abonnement-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 1 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. Südd., fl. 1. 50. Österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Preß-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inzerate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die übrigen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Bruloë; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Confiscirt:

- 1) Nr. 177,
- 2) Nr. 178 in erster Auflage,
- 3) Nr. 178 in zweiter Auflage,
- 4) Nr. 178 in dritter Auflage.

Nr. 177 ist in zweiter Auflage bereits ausgegeben und versandt worden; Nr. 178 wird in vierter Auflage baldigst ausgegeben und versandt werden.

Politischer Theil.

Deutschland.

* Berlin, 25. Oct. [Die Drohnoten], nicht jene, welche die österreichische und die preussische Regierung von Frankreich und England hinnehmen mußten, sondern jene, welche die ersteren gegen das kleine Frankfurt richteten, fahren fort, im civilisirten Europa die öffentliche Meinung aufzuregen. Man kennt jetzt den Wortlaut der preussischen Note und dieser Wortlaut übersteigt noch selbst die hoch gespannte Erwartung. In demselben Tone, wie Frankreich mit Preußen sprach, spricht jetzt dieses mit Frankfurt. Man sollte die beiden Noten nebeneinander abdrucken.

Die Note, wie sie dem „Frankf. Journal“ aus „guter Quelle“ zugeht, lautet:

Berlin, 6. Oct. Ein Hochwohlgeborener Bericht haben uns einen näheren Einblick in die Verhandlungen des am 1. d. Mts. dort abgehaltenen Abgeordnetentages gewährt. Wir hatten bis zum letzten Augenblicke gehofft, daß der Senat, im Bewußtsein seiner Verpflichtungen gegen seine Deutschen Verbündeten und eingebend früherer von uns und Oesterreich gemachter Vorstellungen, diese Versammlung verhindern würde. Leider haben wir uns getäuscht. Wir haben uns von Neuem überzeugen müssen, daß der Senat nichts dagegen hat, wenn das Territorium der Stadt Frankfurt zum Ausgangspunkt für unverständige, ja gemeinschädliche politische Projekte benützt wird. Solche Nachsicht gegen subversive Bestrebungen können wir nicht ferner gestatten. Wir können es nicht dulden, daß vorzugsweise am Tage des Bundestages auf die Untergrabung bestehender Autoritäten der ersten Bundesstaaten hingearbeitet wird, daß von dort aus Preßerzergüsse in die Welt geschickt werden, welche sich durch Rohheit vor allen übrigen hervorheben. Der Verlust des Abgeordnetentages hat gezeigt, daß die Phrase in dem gebildeten Theile der Bevölkerung immer weniger Anklang findet. Aber die Nachsicht des Senates bleibt deshalb nicht minder tadelnswert. Wir begegnen uns mit der Kaiserlich Oesterreichischen Regierung in der Auffassung, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Aergernisses, selbst in der Gestalt resultatloser Velleitäten, nicht gestattet werden darf. Der Kaiserlich Oesterreichische Vertreter hat den Auftrag, dem dortigen Senate in diesem Sinne Vorstellungen zu machen. Ein Hochwohlgeborener ersuche ich ergebenst, im Einvernehmen mit ihrem Oesterreichischen Kollegen, dem älteren Herrn Bürgermeister darüber keinen Zweifel zu lassen, daß wir uns in dieser

Beziehung im vollständigen Einverständnis mit der Kaiserlichen Regierung befinden. Ich gebe mich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß man Frankfurter Seite die beiden Deutschen Großmächte nicht in die Lage bringen wird, durch eigenes Eingreifen weiteren Folgen unzulässiger Nachsicht vorzubeugen. Ein Hochwohlgeborener ermächtigt ich, den gegenwärtigen Erlaß dem älteren Herrn Bürgermeister vorzulesen und, wenn er wünscht, Abschrift davon in seinen Händen zu lassen.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten.
Im Auftrage. v. Thile.

An den Königl. Geschäftsträger etc.

Die gestern gebrachte Nachricht, daß eine Untersuchung gegen Brinz eingeleitet sei, wird von anderer Seite in Abrede gestellt. Näheres bleibt abzuwarten.

[Zur französischen Drohnote gegen die preussische Regierung.] Bekanntlich sollte der französische Minister Drouyn de Lhuys seine Note vom 29. August über die Gasteiner Convention durch eine angebliche zweite Note vom 20. oder 23. September gemildert haben. Jetzt berichtet die hannoversche „Ztg. für Nordd.“, daß der französische Minister in einer dritten Note vom 7. October (also nach der Zusammenkunft Bismarcks mit Napoleon) klar und kühn ausgesprochen habe, daß die kaiserliche Regierung an den im Circular vom 29. August niedergelegten Anschauungen durchaus festhalte.

[Zu der königlich hebenzoller'schen Annexionspolitik.] Der in Hamburg erscheinende „Vorwächter an der Elbe“, ein zur Vertretung der Bismarck'schen Politik unter demokratischer Maske gegründetes Blatt, mahnt die Behörden der freien Städte Hamburg, Lübeck und Bremen, Schritte vorzubereiten, welche den nothwendigen Konsequenzen einer Annexion der Elberzogthümer durch Preußen Rechnung zu tragen im Stande seien. Das Blatt deutet dabei auf „die Häfen der Nord- und Ostsee im Norden Deutschlands in Preußens Händen“ und auf Umgestaltung der klein-staatlichen Militärvorstellung hin.

[Zur Aufmunterung Kleinmüthiger] schreibt der „Stuttg. Beob.“ mit Recht:

Die jetzige Zeit mahnt oft an jene alten französischen Freieitgemüther, welche die herrliche Revolution von 1789 gemacht und mitgemacht hatten und dann die ganze Periode der schrecklichsten Tyrannei unter Napoleon und, nachdem dieser von fremder Intervention gestürzt war, die fast noch schlimmere Periode der heiligen Allianz und der Restauration durchleben mußten, ohne Aussicht auf Herstellung der Freiheit zu haben. Rechts und links fielen die ehemaligen Partei- und Gesinnungsgenossen von ihnen ab, um der Gewalt zu dienen und manche, die treu und fest anhielten, zahlten der Menschlichkeit in anderem Sinn den Tribut und starben hin. Ebenso verschlossen als gemieden bargen diese ergrauten Jakobiner ihre Gesinnung in schweigender Einsamkeit und selbst die Hoffnung hatte sie verlassen, aber treu und fest haben sie ihre Jugendliebe zur Freiheit durch keinen Abfall entehrt und als die Zeit erfüllt war und der Juli des Jahres 1830 herankam, da stand wie mit einem Handwertschlag das Volk plötzlich wieder da, verjüngt und neugeboren

in der Revolution und die alten treuen Männer, die noch übrig waren, hatten die Befriedigung, noch einmal am Abend ihres Lebens bestätigt zu sehen, daß die Liebe ihrer Jugend und der Glaube ihres Lebens kein Traum war.

[Eine interessante Stelle aus der Kreuzztg., aus einer früheren Rundschau der selben lautet:

Sündlicher Eigennutz muß fern bleiben. Preußen darf nicht Deutsch-Piemont werden; sein hoher und heiliger Beruf verbietet es ihm. Erst den Ro galantissimo überschritten mit tugendhafter Entschlossenheit und dann schmunzelnd in seine Fußstapfen treten und nach Beute sich umsehen, das ist eine Heuchelei, der jeder rechtschaffene Conservative, jeder ehrliche Preusse sich schämen soll. Es wäre dies aber auch eine kurzschichtige, für Preußen grundverderbliche Politik. Es wäre der Weg zum Bruch mit Oesterreich und zur Zerschlagung des Vertrauens, dessen Preußen für seine legitime Macht in Deutschland bedarf. Es wäre Geruch eines verhältnißmäßig geringen Vortheils gegen Verlust eines weiten, herrlichen Machtgebietes, dessen Preußen bedarf, wenn es seine jugendlichen Kräfte entfaltet. Vergessen wir nicht, was 1806 geschehen ist, als Preußen von Napoleon Hannover angenommen hatte.

[Zur Polizeicensur in Preußen.] Die „Mein. Ztg.“ ist gestern confiscirt worden. Dieselbe ist in zweiter Auflage mit einer großen Censurflücke (leeren weißen Stelle) ausgegeben worden.

[Die gestrige Nationalvereins-Versammlung] ist verlaufen, wie vorauszusehen war. Es wurden in der Versammlung, an der sich etwa 400 Mitglieder betheiligten, die von uns bereits mitgetheilten und besprochenen Resolutionen, nachdem die Herren Dunder und Dr. Loewe (Calbe) dieselben begründet hatten, ohne weitere Discussion, und zwar die erste mit allen gegen eine Stimme, die beiden anderen mit allen gegen 7-9 Stimmen angenommen.

Die ministerielle „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt sich für befriedigt von der Haltung des Nationalvereins. Sie sagt: Wir werden es den Nationalvereinsmitgliedern Dank wissen, wenn sie uns unterstützen, die berechtigten Forderungen Preußens in den Herzogthümern zur Geltung zu bringen. Und wenn sie sich damit trösten, daß das gegenwärtige System in Preußen ein vorübergehendes sei, so trösten wir uns wieder mit der Hoffnung, daß das System bestehen, die gegenwärtige Opposition aber ihrerseits eine vorübergehende sein werde, wie sie ja eben in der Schleswig-Holsteinischen Frage vorübergehend gewesen ist. Wir erachten es sogar als einen weiteren Grund zur Berechtigung dieser Hoffnung, daß überhaupt auch von den Nationalvereinsmitgliedern die Berechtigung und die Verpflichtung Preußens anerkannt wird, die Herzogthümer mit dem Preussischen Staatskörper zu verbinden. Ob die Mitglieder des Nationalvereins dies aus der Reichsverfassung oder aus einem anderen Grunde herleiten, ist in der Sache selbst gleich, und wird diese Verschiedenheit der Meinung auf einem anderen Felde seine Ausgleichung finden.

[Zur Reaction in Bayern] meldet man, daß dort die Behandlung der Presse einen so strengen Charakter annimmt, wie er seit dem Sturze Keizersberg's unerhört war. Der „Nürnbergischer Anzeiger“ ist seit kurzem mit vier, der „Frankische Kurier“ mit zwei, die „Nürnbergischer Abendzeitung“ mit sechs, die „Fürther Abendzeitung“ mit drei Preßprozeß beschnitten worden. Und in München ist's nicht viel besser. Es scheint, die preussische Note an den Frankfurter Senat hat in München wenigstens ihren Eindruck nicht verfehlt.

[Aus Kassel] berichtet man vom 24. d. M., daß die Stände heute unter Versicherung des „landesherrlichen Wohlwollens“ (!) auf unbestimmte Zeit vertagt wurden.

* **Wien, 22. Oct.** [Die Staatsschuld. Kleinmuth der Deutschen.] Der Ausweis über den Stand der gesammten österreichischen Staatsschuld mit Ende Juni 1865, verfaßt von der Staatsschulden-Controll-Commission des Reichsrathes, ist als Beilage zur Wiener Zeitung erschienen. Die österreichische Staatsschuld, die am 31. December 1864 2,535,197,335 Gulden betrug, hatte sich am 30. Juni auf 2,552,854,267 Gulden, also in einem halben Jahre um 17½ Million Gulden vermehrt. — Der Umstand, daß jetzt, vor der Eröffnung des böhmischen Landtages, auf dem es voraussichtlich heiß hergehen wird, so viele deutsche Abgeordnete ihre Mandate niederlegen, entnützt die deutsche Bevölkerung in Böhmen sehr. Die Czechen halten sich des Sieges ihrer nationalen Forderungen, welche in der völligen Unterordnung der Deutschen gipfeln, für sicher. Die deutsche Partei scheint schlechter organisiert als je. Uebrigens sind die Unterthanen von der Krone des h. Stephan, die Ungarn, wenig erbauet von den verwandten Bestrebungen der Unterthanen der Krone des h. Wenzel. Sie erblicken in der czechischen Agitation nur eine Caricatur auf ihre eigene. Die Ungarn sind für den Dualismus, nicht für den Föderalismus.

[Zur fortschreitenden Ungarisirung Oesterreichs] wird der „Presse“ aus Pest, 23. Oct., telegraphirt: „Allgemeinem Vernehmen nach ist in der letzten Ministerathesung die Concession eines ungarischen Ministeriums beschlossen worden. Die Regierung wolle mit Ungarn sich auf möglichst breiter Basis verständigen. Graf Belcredi, heißt es, habe nachgegeben, und in Folge dessen sei auch die Berufung des Bischofs Strohmayer rückgängig gemacht worden. Damit ist die dualistische Richtung, genauer gesagt die Ungarisirung Oesterreichs, vollständig zum Durchbruch gekommen.“

Anslaud.

* **Paris, 23. Oct.** [Tagesbericht.] Der Kaiser machte heute einen Besuch im Spital Beaujon, wo er drei Viertelstunden weilt und in den Krankensälen von Bett zu Bett ging, was sehr anerkennend aufgenommen wurde. — Die Kaiserin besuchte heute Morgen die Hospitaller Beaujon und Lariboisière. Sie begab sich in einer Postkutsche dorthin und war nur von Mlle. Bouvet begleitet. Morgen begibt sie sich nach dem Hospitale des Faubourg St. Antoine. — Wie der „Abend-Moniteur“ meldet, hat die Zahl der Choleraerkranken sich seit gestern wesentlich vermindert. Es sind in den letzten Tagen nach zuverlässigen, wenn auch nicht officiellen Angaben, durchschnittlich 250 bis 300 Personen an der Cholera gestorben. — Im Süden Frankreichs dauert die Cholera fort, ohne jedoch viele der Opfer hinzuzufügen. — Die officiöse „Patrie“ bringt folgende Mittheilung: „Briefe aus Rom melden, daß die päpstliche Regierung, welche von ihren ersten Entschlüssen zurückgekommen ist, die Reorganisation ihrer Armee in der Weise vornehmen wird, daß sie den Effectivbestand derselben nicht mehr auf 8000, sondern auf 12,000 Mann erhöhen wird, welche Zahl in der Convention vom 15. September von Frankreich festgesetzt worden ist. Man versichert uns ebenfalls, daß die römische Regierung im Princip nicht mehr gegen die Idee ist, sich mit Italien zu verständigen.“ — Nach Berichten aus Petersburg hat sich die russische Regierung jetzt ebenfalls bereit erklärt, die von

Frankreich vorgeschlagene „Gesundheits-Conferenz“ zu beschicken. — Das Gerücht erhält sich, daß die Franzosen Mexiko binnen Kurzem räumen werden. Es soll dieshalb eine Art Convention vom 15. Sept. abgeschlossen werden. General Piesquiera, der die Sonora für Juárez vertheidigte, soll im Begriffe stehen, diese Provinz zu verlassen, und sich dieshalb mit den Franzosen benommen haben. — Alle hiesigen Journale sprechen sich mit großer Energie gegen das Auftreten der beiden „deutschen“ Großmächte gegen Frankfurt aus. — Alle Präfecten sind angewiesen sich mit den Arbeitern und Arbeiter-Vereinen in ein wohlwollendes Einvernehmen zu setzen, um ihre Wünsche und Bedürfnisse bezüglich der Cooperativ-Vereine zu erfahren. Die Regierung will sich auf der Höhe und an der Spitze dieser Bewegung halten und in unmittelbarer Verkehr mit den Arbeitern treten. Ohne Zweifel wissen aber die französischen Arbeiter so gut wie die deutschen, daß sie von einer despotischen Regierung nur einen Mißbrauch ihrer Sache zu erwarten hätten.

London, 24. Oct. [Die Peiche Palmerston's] wird am Freitag Mittag in der Westminster-Abtei neben Pitt beigelegt werden. Die feierliche Beisetzung geschieht nach dem besonderen Wunsche der Königin auf Staatskosten.

— 24. Oct. [Aus Amerika.] Der Dampfer „City of Washington“ hat bis zum 14. d. Morgens reichende Berichte aus New-York in Cork abgegeben. Präsident Johnson hat den Kriegszustand im Staate Kentucky aufgehoben. Einer Deputation aus Süd-Carolina, welche eine Petition zu Gunsten des Expräsidenten Davis überreichte, hat Johnson geantwortet, daß die Regierung durchaus keinen Durs nach Blut und Verfolgung gehabt habe. General Grant hat die Reorganisation der Armee angeordnet. Der Schatzsekretär Mac Culloch empfiehlt in einer Rede die Consolidirung der gesetzlichen Zahlungsmittel Seitens des Congresses.

* **Italien.** [Ueber Merode's Sturz] bringt die „Italia“ folgendes Nähere: Ein Unterbeamter Merode's habe die Gelder, über deren Verwendung seine Redenshaft gegeben werden könne, für die Räuberbanden vorausgibt, Merode dieses Verfahren „im Principe“ zwar mißbilligt, den Beamten aber in Schutz genommen und schließlich erklärt, er nehme Alles auf sich. Dies habe eine heftige Scene zwischen Antonelli und Merode herbeigeführt und ersterer habe im Ministerrathe nun zur Sprache gebracht und erklärt, man müsse jetzt einen Beschluß fassen, wie man sich fortan zu dem Banditenwesen stellen wolle; es liege ihm, Antonelli, viel daran, die Regierung aller Verantwortlichkeit in diesen Dingen zu überheben. Die Majorität des Ministerrathes sprach sich in Antonelli's Geiste aus, weil es bekannt war, daß der Papst sehr betroffen und ungehalten gewesen sei, als Boggio ihm sagte, in Italien glaube man allgemein, daß die päpstliche Regierung das Banditenwesen begünstige.

Vereins-Theil.

* **Hamburg.** (Allg. deutsch. Arb.-Verein.) Am 19. d. M. fand dahier im Schneider-Amthause eine Versammlung statt. Der „Arbeiter“ berichtet darüber:

Die Versammlung war auch von Nichtmitgliedern des Vereins zahlreich besucht. Herr Perl, als Bevollmächtigter eröffnete die Versammlung und hielt sodann einen gebiengenen Vortrag über das Ziel, welches zu erreichen der Allg. deutsche Arb.-Verein sich zur Aufgabe gestellt hat. Seine Worte fanden stürmischen Beifall. Nach ihm sprach Herr Bräuer und griff dieser in seiner Rede den Spar-Apostel Schulze-Delisch ganz besonders an, bewies auch im Verlauf derselben, daß alle sogenannten Unterstützung-Cassen, welche durch die Arbeiter in's Leben gerufen werden, nicht geeignet sind, die sozialen Verhältnisse zu bessern. Er zog dann eine Parallele zwischen dem früheren Sclaventhum in Südamerika und der in Deutschland herrschenden Knechtschaft, wobei es sich klar herausstellte, daß die arbeitende Classe bei uns, d. h. im gesammten Deutschland, durchschnittlich ärger mißhandelt und ausgebeutet wird, als sich solches jemals von den Sclaven Südamerikas behaupten ließ. Er endete seine Rede mit der Aufforderung, sich dem „Allg. deutsch. Arb.-Verein“ anzuschließen und erntete großen Beifall. Der nächste Redner, Herr Ledien, sprach sich direct gegen die jetzige Wahlbewegung aus. Er setzte auseinander,

daß in den fünf Punkten des Wahlprogramms der Punkt, welcher allein bezwecken könne, das Interesse und die einmüthige Betheiligung der Arbeiter an den gegenwärtigen Wahlen hervorzurufen, durchaus fehle. So lagen die sogenannten Volksvertreter nicht das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht an die Spitze ihres Programms stellen, diese von einer wirklichen Volksvertretung gar nicht die Rede sein und müßten sich die Arbeiter von der Bewegung fern halten. Diese Worte fanden einen mächtigen Widerhall in den Herzen der Anwesenden. Mit Beifall sprach auch Herr Leinboß, welcher offen erklärte, daß das Raubrittertum des Mittelalters noch immer fortbestände, wenn auch unter anderer Firma. Herr Müller pflichtete in seiner mit vielem Humor gewürzten Rede Herrn Leinboß vollkommen bei, indem er sprach: „Ja, meine Herren! das Raubrittertum existirt heute noch, nur mit dem Unterschiede, daß unsere jetzigen Raubritter anstatt des Schwertes — den Thaler haben. Was die Raubritter zur Zeit Rudolph von Habsburg's durch das Schwert erstritten, wissen die Raubritter des 19. Jahrhunderts viel leichter durch ihre Thaler zu erlangen. — Urtheilen Sie selbst, meine Herren! Wenn die Wucherer alles Korn ankaufen, aufspeichern und so lange liegen lassen, bis die Preise auf's Höchste steigen und eine förmliche Hungernoth ausbricht, wie dieses im Jahre 1847 der Fall war, — zeigt sich darin nicht das Raubrittertum in seiner höchsten Vollendung? — Und was das Traurigste ist, dieses vervollkommnete Raubrittertum wird noch von der Regierung beschützt, denn wenn durch den abscheulichen Wucher eine Hungernoth hervorgerufen wird und das arme, vom Kapital ausgebeutete Volk für die Speicher, so läßt die Regierung Kanonen auffahren und zwischen die hungernden Massen Kartätschen schleudern!“ — Redner ging hierauf zu den gegenwärtigen Wahlen über, beleuchtete das Vorparlament von 1848 und gelangte eben zu der Ueberzeugung, daß das neue Wahlprogramm noch sehr harmlos sei. Stürmischer Beifall bewies Herr Müller, daß die Versammlung seine Ansicht theile. Zum Schluß wurde eine von Herrn Skoczylas beantragte Resolution, des Inhalts, daß die in der Versammlung anwesenden Arbeiter an der gegenwärtigen Wahlbewegung kein Interesse hätten, indem von Seiten der Bürgerschaftsmitglieder das allein das Wohl des Volkes anbahnende allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht in das Wahlprogramm nicht aufgenommen und überhaupt in keiner Weise den Wünschen der arbeitenden Classe Rechnung getragen sei, — einstimmig angenommen. Herr Perl schloß hierauf die Versammlung.

at. **Barmen, 16. Oct.** (Allg. deutsch. Arb.-Verein.) Heute fand hier eine Mitgliederversammlung statt, in welcher der Herr v. Großenbach, angefordert wurde, die Ausstufung des Mitgliedes Herr Höflich nach §. 5 beim Präsidium zu beantragen, weil der Betreffende fortwährend darauf ansähe, die Vereinsdisciplin zu untergraben. Außerdem wurden ein Paar lehrreiche Vorträge gehalten, besonders von Herrn Großenbach, und ein Schriftführer gewählt.

at. **Barmen, 20. Oct.** (Allg. deutsch. Arb.-Verein.) Die heutige Versammlung wurde am halb neun Uhr eröffnet und Herr A. Lehrenberg zum Vorsitzenden gewählt, hierauf das Bundeslied gesungen. Dann verlas Herr Lehrenberg den Bericht aus dem „Soc.-Dem.“ über die letzte Allg. Arb.-Versammlung in Offenbach und setzte in klaren Worten die Nothwendigkeit einer Trennung der Schule von der Kirche auseinander. Herr W. Fried spricht über die Vorträge des Herrn v. Schweiger und besonders über die Unwahrheit der Behauptung der Bourgeois-Oekonomie, daß die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital sich auf ein Naturgesetz stütze und deshalb unabänderlich sei. Als leuchtendes Beispiel dafür, was Muth und Tapferkeit, Entschlossenheit und Opferbereitschaft auszurichten vermögen, weist er auf Ungarn und Polen, die Schweiz, Frankreich und Spanien hin. Nach ihm ermahnt Herr Ries jun. zur Einigkeit der Arbeiter. Herr Fried erzählt eine Geschichte aus der französischen Revolution. Hierauf wird das Lied „Sand in die Augen“ abgesungen und dann die Versammlung geschlossen.

at. **Barmen, 23. Oct.** (Allg. deutsch. Arb.-Verein.) In der heutigen Mitglieder-Versammlung, die von acht Uhr Abends bis zwei ein Viertel Uhr Nachts dauerte, wurden innere Vereins-Angelegenheiten besprochen und erledigt. Es wurde zu diesem Zwecke Herr Höflich eingeladen, um sich über sein Betragen zu rechtfertigen. Es gelang ihm dieses aber sehr schlecht. Es sprachen mit großem Beifall die Herren Hamold, Fried, Lehrenberg, Großenbach und Klein aus Ebersfeld. Am Schluß der Versammlung wurden stürmische Hochrufe auf den Präsidenten Beder und auf die Redaktion des „Social-Demokrat“ ausgebracht.

Vermischtes.

* **Heidelberg, 18. Oct.** (Lassalle und Schulze-Delisch.) Im „Heidelberger Journal“ finden wir unter Heidelberg, 18. Oct. Folgendes: